

### **Fragen für die Textarbeit:**

**Welche Erklärungsansätze für die Entstehung von Kriegen lassen sich in den Texten finden?**

**Wie bewertet ihr die Argumente und was bringen uns die Erkenntnisse in einer Diskussion um Fluchtursachen?**

- Quelle 1: Zeitungsartikel Süddeutsche Zeitung vom 4.03.2015 von Markus C. Schulte, <https://www.sueddeutsche.de/wissen/ausloeser-von-krisen-was-der-syrische-buergerkrieg-mit-dem-klimawandel-zu-tun-hat-1.2377566>

### **Was der syrische Bürgerkrieg mit dem Klimawandel zu tun hat**

Unterdrückung, Konflikte zwischen religiösen und ethnischen Gruppen - der Aufstand in Syrien hatte mehrere Ursachen. US-Wissenschaftler vermuten, dass eine extreme Dürre zu den Unruhen beigetragen haben könnte.

Seit Jahren diskutieren Wissenschaftler und Militärs, ob Wassermangel eine Ursache für Konflikte und Kriege ist und - angesichts des Klimawandels - in Zukunft zunehmend sein wird. So warnte der Weltklimarat IPCC zuletzt 2014 in seinem Klimabericht vor einer Ausdehnung der Wüsten und einer Zunahme von Trockenheit und Dürren, die zu Hungerkatastrophen, Flüchtlingsströmen und indirekt zu Bürgerkriegen und Gewalt zwischen Gruppen führen könnten.

US-Forscher vermuten nun, dass solche Faktoren bereits 2011 eine wichtige Rolle beim Ausbruch des Bürgerkriegs in Syrien gespielt haben könnten. Wie sie im Fachblatt *PNAS* berichten, gibt es Hinweise auf einen Zusammenhang zwischen dem Klimawandel und einer extremen Dürre, die zwischen 2006 und 2010 Teile des sogenannten fruchtbaren Halbmondes an Euphrat und Tigris heimgesucht hatte. Betroffen waren die Türkei, der Irak und Syrien. Im Nordosten Syriens - der Kornkammer des Landes - "brach das landwirtschaftliche System zusammen", schreiben Colin Kelley von der University of California in Santa Barbara und seine Kollegen.

Es kam zu extremen Ernteaufschlägen, viele Bauern verloren große Teile ihrer Viehherden. Mit dem wieder einsetzenden Regen breitete sich ein Pilz aus, der fast die Hälfte der Ernten zerstörte. Der Getreidepreis stieg zwischen 2008 und 2010 um 27 Prozent. Es kam zu Mangelernährung, unter der besonders Kinder litten.

## **Ein Faktor von mehreren**

Viele Familien, die von der Landwirtschaft lebten, verloren ihre Existenzgrundlage und flüchteten in Städte wie Dar'ar, Homs und Hama im Nordosten des Landes. Bis zu 1,5 Millionen vor allem junger Menschen trafen in den Vororten der Städte auf mehr als eine Million irakischer Flüchtlinge - mit denen sie um Jobs, Wohnraum, Nahrung, Wasser und Energie konkurrierten.

Dazu kam, dass die syrische Bevölkerung insgesamt dramatisch gewachsen ist - von vier Millionen Menschen im Jahr 1950 auf 20 Millionen im Jahr 2010. Die Konkurrenz um Ressourcen verstärkte wohl die Unzufriedenheit im Land. Nach Einschätzung der Forscher könnte das mit dazu geführt haben, dass es zu den Demonstrationen und Unruhen kam, die letztlich zum Bürgerkrieg führten.

"Wir behaupten nicht, dass die Dürre oder der von Menschen verursachte Klimawandel den Aufstand ausgelöst hat", sagte Kelley dem britischen *Guardian*. Den Forschern ist bewusst, dass viele Syrer auch unabhängig von der Dürre unter der Unterdrückung durch den Diktator Assad litten und dass es Konflikte zwischen verschiedenen religiösen und ethnischen Gruppen gab. Auch machten sich Teile der Bevölkerung angesichts des "Arabischen Frühlings" und dem Sturz der Regierungen in Tunesien, Ägypten und Libyen Hoffnung auf Veränderungen im eigenen Land.

Kelley und sein Team betonen deshalb, dass der langfristige Trend von weniger Regen und zunehmender Temperatur in der Region vermutlich zu den Unruhen beigetragen habe, da die Trockenheit viel schlimmer war als sonst.

Der fruchtbare Halbmond, der als Ursprungsort der Landwirtschaft vor 12 000 Jahren gilt, wird regelmäßig von Dürren heimgesucht. Aus den Daten seit 1931, die die Forscher untersuchten, geht hervor, dass es in den 50er, 80er und 90er Jahren zwar zu besonders starken Dürren gekommen ist. Doch die jüngste Trockenheit war die bisher schlimmste und längste. Und eine Wiederholung der prekären Umstände ist wahrscheinlich: Der Weltklimarat IPCC hat in seinem Bericht 2014 davor gewarnt, dass die zunehmende Erderwärmung den Nahen Osten auszutrocknen drohe.

Die Folgen für die Landwirtschaft waren in jüngerer Zeit auch deshalb so dramatisch, weil das Assad-Regime stark auf den Anbau von Baumwolle und anderen Produkten gesetzt hat, die sich exportieren lassen. Um diese Felder bewässern zu können, wurden große Mengen Grundwasser - auch mittels illegaler Brunnen - an die Oberfläche gepumpt. Mit gravierenden Folgen. Der Grundwasserspiegel ist gesunken, wie die Forscher anhand von Satellitenbildern feststellen konnten.

## **Wassermangel setzt Gesellschaften unter Druck**

Wie Andrew Solow von der Woods Hole Oceanographic Institution in Massachusetts dem *New Scientist* sagte, seien die Schlussfolgerungen seiner Kollegen "plausibel". "Wenn eine Gesellschaft unter Druck gerät, wird Gewalt wahrscheinlicher." Es sei aber unklar, ob die Gewalt in Syrien nicht auch ohne die Dürre ausgebrochen wäre. Das könne schon sein, sagte Kelleys Ko-Autor Richard Seager von der Columbia University dem Magazin *National Geographic* - aber so habe es sich eben nicht entwickelt.

Widerspruch kommt von Thomas Bernauer von der ETH Zürich. Er hält den postulierten Zusammenhang der *New York Times* zufolge für "sehr spekulativ", die Belege seien wissenschaftlich noch nicht robust genug.

Kelley und sein Team sind nicht die Ersten, die auf einen möglichen Zusammenhang zwischen der Dürre seit 2006 und dem Ausbruch des Syrienkriegs hinweisen. Francesca de Châtel von der niederländischen Radboud Universität in Nijmegen betonte Anfang 2014 im *Journal Middle Eastern Studies*, es sei nicht die Dürre "per se" gewesen, die als einer der Auslöser der Unruhen betrachtet werden sollte, sondern das Versagen der Regierung in Damaskus im Umgang mit der Trockenheit. Und Peter Gleick, Präsident des Pacific Institute in Oakland, Kalifornien, hatte 2014 im *Journal Weather, Climate, and Society* berichtet, dass der Wassermangel in Syrien "eine direkte Rolle" für den Verfall der Wirtschaft Syriens gespielt habe.

Gleick zufolge haben die Konflikte um Trinkwasser in jüngerer Zeit innerhalb von Ländern bereits zugenommen. Zwar seien Konflikte kaum auf eine einzige Ursache zurückzuführen. Faktoren wie Wasser sollten bei der Suche nach den Ursachen aber stärker berücksichtigt werden, forderte der Forscher.

## **Alles fürs Überleben**

Zwar erwarten die Vereinten Nationen keine "Wasser-Kriege". Die Erfahrung zeige, dass sich Länder mit gemeinsamen Wasserressourcen wie Seen und Flüsse eher friedlich einigten. "Doch wenn die Konkurrenz um knappe Ressourcen wächst, kann sich das ändern", heißt es in einem Bericht der United Nations University "Water in the World We Want" von 2015. "Wenn es um Leben und Tod geht, tendieren Menschen dazu, alles zu tun, um zu überleben", schreiben die UN-Wissenschaftler.

Auch das Büro des Directors of National Intelligence, welches die Arbeit der US-Nachrichtendienste koordiniert, bezeichnete in seinem Bericht [2014](#) die Konkurrenz um knappe Ressourcen wie Wasser als Ursache für zu erwartende zunehmende Spannungen innerhalb von und zwischen Staaten. Und das Weltwirtschaftsforum warnt in seinem Bericht "Global

Risks [2015](#)", die erwarteten Auswirkungen des Klimawandels "auf die Möglichkeit, Nahrung anzubauen und auf Wasser zuzugreifen, könnten plötzliche und unkontrollierte Wanderungsbewegungen auslösen, was zu zusätzlichem Druck auf die betroffenen Länder führen würde".

Auch Kalifornien hatte jüngst unter schlimmen Dürren zu leiden, die vermutlich vom Klimawandel verstärkt wurden. Dass es in den USA aber weder zu Migration noch zu Gewalt gekommen ist, hängt Kelley zufolge damit zusammen, dass die Widerstandsfähigkeit größer und die Sozialsysteme besser in der Lage waren, den Schock zu absorbieren. "Syrien war bereits vor der Dürre sehr viel verwundbarer", sagte er dem *New Scientist*.

- Quelle 2: Ausschnitt aus der Broschüre: Warum Menschen Fliehen von Medico International und GEW, <https://www.medico.de/fluchtursachen/>

## **In fast jedem siebten Land der Erde herrscht Krieg.**

Krieg ist weltweit die zentrale Fluchtursache. Laut Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen UNHCR gab es im Jahr 2015 fast 65 Millionen Menschen, die aufgrund bewaffneter Konflikte und Gewalt von ihrem Zuhause vertrieben waren. In den letzten zehn Jahren haben sich die Flüchtlingszahlen aufgrund von Krieg und Gewalt fast verdoppelt. Und in allen zehn Staaten, die 2015 die größten Fluchtbewegungen zu verzeichnen hatten, herrschte Krieg.

Als mit dem Fall der Mauer in Deutschland die Nachkriegsordnung, die die Welt seit Ende des Zweiten Weltkriegs dominierte, zusammenbrach, schien eine Ära des Friedens weltweit möglich. Der Ost-West-Konflikt mit seinem bedrohlichen Potential eines Atomkriegs war beendet. Nun, ein Vierteljahrhundert später, hat sich diese Hoffnung auf Frieden als trügerisch erwiesen. Anstelle der alten Ordnung, die unterschiedliche Konflikte entlang der Ost-West-Achse sortierte und einhegte, leben wir heute in Zeiten einer neuen Unordnung, in der sich lokale Konflikte sehr schnell in unübersichtliche internationale Konflikte mit einer unüberschaubaren Zahl an ausländischen Akteuren verwandeln. Der Syrien-Konflikt steht dafür geradezu beispielhaft mit den USA, Russland, Saudi-Arabien, Iran und der Europäischen Union als Beteiligte, die entweder direkt oder indirekt in die kriegerischen Auseinandersetzungen involviert sind.

Während des Kalten Krieges gab es verheerende Stellvertreterkriege, die viele zivile Opfer forderten. Mit den USA und der Sowjetunion waren jedoch die internationalen Player überschaubar. Dem Konflikt zugrunde lagen unterschiedliche Ideologien und Systeme. Mit dem Ende dieses Konflikts der „Supermächte“ gelang es, manche der Stellvertreterkriege zu befrieden. So zum Beispiel in Angola und Mozambique. Andere jedoch

verwandelten sich nach kurzer Atempause wieder in Konfliktzonen, in denen die Weltordnung, die von einer Globalisierung der kapitalistischen Wirtschaft geprägt ist, mit kriegerischen Mitteln neu ausgefochten wird. Einschneidende Ereignisse in diesem Sinne sind die US-amerikanisch geführte Intervention in Afghanistan nach dem Anschlag auf das World Trade Center in New York im Jahr 2001, der ebenfalls von den USA angeführte Krieg gegen das diktatorische Regime im Irak 2003, die internationale Libyen-Intervention 2011, der kriegerische Konflikt in der Ost-Ukraine und die russische Besetzung der Krim.

Die Folgen dieser Entwicklung sind fatal: Allein aus der umkämpften Ostukraine brachten sich bis zu zwei Millionen Menschen in Sicherheit, aus Syrien weit über sechs Millionen. In Kriegsregionen wie Afghanistan oder Somalia dauert das Flüchtlingsschicksal schon seit Generationen an. Eines der größten Flüchtlingslager der Welt befindet sich in Kenia: Dadaab, eine Flüchtlingsstadt in der Wüste mit über einer halben Million Bewohnerinnen und Bewohnern. Sie existiert seit 1992. Wer kann, geht von dort ins 60 Kilometer entfernte Nairobi. Und wenn die kenianische Regierung von der Repatriierung somalischer Flüchtlinge spricht, dann meint sie ihre Rückführung in dieses Lager. Es zeichnet sich bei all den genannten Konflikten ab, dass eine Lösung nicht in Sicht ist, da sie eines politischen Willens aller Beteiligten bedürfte, eigene politische und ökonomische Interessen hintanzustellen, um zu einer Befriedung zu gelangen. Vom Frieden gar nicht zu reden.

Jedes Jahr verkauft Deutschland für mehrere Milliarden Euro Waffen und Rüstungsgüter in alle Welt. Nach den USA, Russland, China und Frankreich gehört Deutschland zu den größten Waffenexporteuren weltweit.

- Quelle 3: Ausschnitt aus einem Text der Bundeszentrale für politische Bildung von Thomas M. Wandinger, <http://www.bpb.de/apuz/26277/ursachen-von-konflikten-und-kriegen-im-21-jahrhundert>

## **V. Folgerungen und Konsequenzen**

Für die nächsten Jahrzehnte zeichnen sich zumal für die Entwicklungsländer dramatische wirtschaftliche und gesellschaftliche sowie sozio-ökologische Veränderungen ab. In viel stärkerem Umfang als jemals zuvor werden Krisenursachen nicht nur in einem regionalen Näheverhältnis stehen, sondern durch die verstärkte Interdependenz der Einzelfaktoren auch zu überregionalen Wirkungen führen. Der schon heute dicht besiedelte mediterrane Großraum entwickelt sich durch das weiterhin starke Bevölkerungswachstum primär der afrikanisch-nahöstlichen Anrainerstaaten bis 2015 zu einer der

bevölkerungsreichsten Regionen der Welt. Die Versorgungszwänge der Megastädte und der ihnen zugeordneten Siedlungsgürtel können durch die steigende Industrialisierung und die Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion zu einem erhöhten Verbrauch des ohnehin schon knappen Oberflächen- und Grundwassers führen und damit zu verstärkter Importabhängigkeit. Die Frischwasserzuführung wird aus immer größeren Entfernungen mit immer höheren Kosten und nachhaltigen ökologischen Konsequenzen - wie derzeit schon in Libyen und Ägypten - erfolgen müssen. Dies kann zwischenstaatliche Spannungen angesichts vitaler Interessen zwischen den Nachbarstaaten verursachen. Aus diesem Grunde können sich ab 2015 bei den ostafrikanischen und nahöstlichen Anrainern neben der sich wachstumsspezifisch verschärfenden sozioökonomischen und ethnischen Fragmentierung Krisen und Konflikte abzeichnen, die im Vorfeld nur schwierig zu identifizieren sind.

Der trotz Aufforstung noch immer anhaltende Rückgang der Waldflächen in Nah-Mittel-Ost und in Ostafrika in Folge von Bodenerosion, die zunehmende Knappheit des Oberflächenwassers in Verbindung mit der partiellen Austrocknung oder Versalzung Grundwasser führender Sedimente, die Überweidung von Ackerböden und der damit zusammenhängende Rückgang landwirtschaftlicher Nutzungsflächen durch Desertifikation sowie die Zunahme des suburbanen Siedlungsraumes und seiner Slum-Zonen unterstreichen den Trend in eine labile, wenn nicht katastrophengeprägte ökologische wie sozio-ökonomische Zukunft. Dieser sich kaum noch zu steigernden Problemkonstellation sehen sich gewaltbereite junge Bevölkerungsschichten sowie unzureichend politisch und wirtschaftlich integrierte, drastisch unterfinanzierte, aber klassisch überrüstete Nationalstaaten gegenüber.

Dass aufgrund der zunehmend instabiler werdenden Gesamtkonstellation diverser Drittweltstaaten zwangsläufig Konflikte ausbrechen *müssen*, wäre gegenwärtig noch der falsche Schluss. Jedoch verstärkt die ungleiche Verteilung des Bevölkerungswachstums und die unterschiedliche Stabilität überbevölkerter urbaner Großräume eine Reihe heute klar verifizierbarer Knappheiten. Die damit latent einhergehende Handlungseinschränkung geschwächter oder verletzter Staaten reduziert deren Absorptions- oder Abwehrfähigkeit bei ethno-religiösen Spannungen und erhöht die Fragmentierung sozialer Gruppen während Krisen- oder Notlagen. Im Endergebnis könnte die Interdependenz sozioökonomischer, gesellschaftlicher und ökologischer Krisenfaktoren ab 2015 nicht nur zu subregionalen Kettenreaktionen führen, sondern auch Konsequenzen nach sich ziehen, die das Stabilisieren der Lage durch eine geeignete westliche Krisenreaktion in viel stärkerem Maße mit weitaus längerfristigeren Mandaten in ungleich schwierigeren Szenarien erfordern könnte.

Die direkten, unmittelbaren Auswirkungen solcher leider wahrscheinlichen Zukunftsszenarien auf die davon betroffenen EU-Staaten werden wegen der geografischen Entfernungen, aber auch durch die begrenzten Schiffs- und Transportkapazitäten (Migration) in einem gewissen Maße beherrschbar bleiben, während die indirekten Auswirkungen ein breites Spektrum an Beeinflussungen annehmen können und die EU-Staaten im Blickfeld einer sensiblen Öffentlichkeit unter ethischen Handlungsdruck mit hohen Risiken setzen werden. Der Schutz der euro-atlantischen Stabilitätszone erfordert künftig umso stärker, dass die Abwehr nicht nur sicherheitspolitisch-militärischer Krisen weit vor den Grenzen des Bündnisses erfolgt. Neben der gebotenen Umstrukturierung der NATO-Streitkräfte im Rahmen der "Defence Capabilities Initiative" erfordert wirksame humanitäre Hilfe im Verbund mit klassischer militärischer Krisenreaktion enorme logistische Fähigkeiten sowie raumnahe und verlässliche strategische Partner. Vor dem Hintergrund eines breiten Spektrums von Gefährdungen und Risiken rücken maritime Präsenz- und Überwachungsaufgaben zur Eindämmung von Anschlägen, zum Schutz der Seehandelsrouten und strategischen Verbindungsachsen, zur Abhaltung oder Bekämpfung der in einigen Seegebieten stark zugenommenen Piraterie sowie zur Abstützung von Evakuierungsoperationen aus raumnahen Krisengebieten stärker in den Vordergrund.

Die Komplexität der Krisenreaktion im 21. Jahrhundert, die künftig über mehrere Konfliktebenen hinsichtlich wechselnder Akteure in komplexen Räumen unter Einschluss der Abwehr biologisch-chemischer Waffen und ballistischer Raketen reichen wird, unterstreicht das Erfordernis einer spezifischen Arbeitsteilung im Bündnis, in der den europäischen Verbündeten - koordiniert durch die EU - eine stärkere Gestaltungs- und Verantwortungsrolle zufallen wird. Die Definition krisenspezifischer Eventualitäten im "Hinterhof" der EU, in welche die USA nicht hineingezogen werden wollen, steht erst am Anfang einer langen sicherheitspolitischen Diskussion, an deren Ende ein stärkeres Europa nicht nur auf beiden Seiten des Atlantiks, sondern auch des Mittelmeeres gefordert ist.